

BÜRGERANTRAG AN DIE BREMISCHE STADTBÜRGERSCHAFT

Die Stadtbürgerschaft Bremen beschließt:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, geltende Parkverbote durchzusetzen. Dazu ist mehr Kontrollpersonal einzusetzen, sind häufigere und stadtweit Kontrollen durchzuführen und Fahrzeuge konsequent abzuschleppen, sodass in den innenstadtnahen Stadtteilen bis 2020 der Anteil illegal parkender Autos dauerhaft mindestens unter 10 Prozent gesenkt wird. Der Senat hat der Stadtbürgerschaft regelmäßig über die aktuellen Zahlen zu berichten.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis 2022 eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung zu realisieren und dafür innerhalb von zwölf Monaten unter Beteiligung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft ein Konzept zu erstellen und der Stadtbürgerschaft vorzulegen. Orientierung für die Preisgestaltung sollen dabei die Preise des ÖPNV sein.
3. Bremen soll zukünftig wesentlich mehr Geld in den Fuß- und Radverkehr investieren, um Vorreiterstadt in Sachen zukunftsweisender Mobilität zu werden. Orientierung für den Umfang der Investitionen soll die Fahrradstadt Kopenhagen sein, die jährlich pro Bürger*in 36 Euro in den Radverkehr investiert. Zur Finanzierung sollen die Überschüsse der Parkraumbewirtschaftung herangezogen werden.

Begründung:

Mit dem Antrag wird das Ziel verfolgt, öffentliche Flächen, die zurzeit ausschließlich von Autos besetzt sind, für alle Menschen zugänglich zu machen. Dabei geht es uns darum, eine Flächengerechtigkeit zugunsten anderer Verkehrsträger gegenüber dem Auto herzustellen. Somit kann mehr Fläche im öffentlichen Stadtraum von Menschen genutzt werden. Dies macht Städte attraktiv, belebt sie und wirkt sich positiv auf die Lebensqualität im urbanen Raum aus. Der Fokus des Antrages richtet sich auf Städte für Menschen, in denen es Freude bereitet, zu Fuß zu gehen und mit dem Fahrrad zu fahren. In denen mehr Platz für Bewegung, Spiel und Spaß, Aufenthalt und Austausch ist. Mehr Platz im öffentlichen Raum dient außerdem Nachbarschaften als Ort der Begegnung und belebt zurzeit noch zugeparkte Wohnstraßen.

Dadurch, dass mehr Platz im öffentlichen Raum geschaffen wird, kann nachhaltige Mobilität wie das Fahrradfahren und das Zu-Fuß-Gehen gefördert werden, indem breitere Rad- und Fußwege und weitere Straßen geschaffen werden. Damit verringert sich die Lärm- und Schadstoffbelastung in den Städten. Die Klimaziele der BRD, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, werden ohne eine radikale Änderung der Flächenverteilung und Priorisierung der Verkehrsmittel nicht erreicht.

Damit ein sozial- und umweltverträgliches, sicheres und gesundes Leben in Bremen möglich ist, sind eine gerechte Verteilung des öffentlichen Raums und Investitionen in die Rad- und Fußwegeinfrastruktur notwendig.

Die unterzeichnenden Bürger*innen der Stadt Bremen benennen als ihre Vertreter*innen folgende Vertrauenspersonen:

Milena Schulte, c/o BI Platz da!, Westerstraße 58, 28199 Bremen

Sonja Gerling, c/o BI Platz da!, Westerstraße 58, 28199 Bremen

Manuel Warrlich, c/o BI Platz da!, Westerstraße 58, 28199 Bremen

	Nachname	Geburts- tag	Anschrift (Hauptwohnung) - Straße, Hausnummer - Postleitzahl, Ort	Eigenhändige Unterschrift
	Vorname			
Bitte unbedingt alle Angaben vollständig und leserlich eintragen!				
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				
7.				
8.				
9.				
10.				

Zu einer einmaligen Unterschrift ist berechtigt, wer am Tag der Unterschriftsleistung in der Stadt Bremen kommunalwahlberechtigt ist. Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung über mein Wahlrecht eingeholt wird. Ihre Angaben müssen überprüfbar sein, deshalb bitte vollständig ausfüllen und leserlich in Druckbuchstaben schreiben.

Beim Ausdruck ist unbedingt darauf zu achten, dass beide Seiten auf einem Blatt (Vorder- und Rückseite) gedruckt werden!
Die unterschriebenen Bögen bitte an *BI Platz da!, Westerstraße 58, 28199 Bremen* schicken.